

Bettler politisch ausgebeutet



Die derzeitige Debatte um ein Bettelverbot in Kärnten ist der Ausbruch eines schon lange latent vorhandenen Antiziganismus, einer Einstellung, die Roma und Sinti aufgrund ihrer ethnischen Zuschreibung zu Sündenböcken und Opfern von Verfolgung werden lässt, um geschürte Vorurteile politisch auszunützen. Da es keine stichhaltigen Argumente gegen das Betteln gibt, muss man von „organisierten Bettlerbanden“ sprechen, um kriminelles Verhalten anzudeuten, ohne dass dies nachgewiesen werden muss. Armut an sich stört uns ja im drittreichsten Land der EU nicht, sonst gäbe es nicht 460.000 Menschen in Österreich unter der Armutsgrenze, sie stört unser ruhiges Gewissen erst, wenn sie sichtbar wird. Armut lässt sich nicht aus einer „Festung Europa“ fern halten, sie ist da. Wenn heute eine Mutter mit acht Kindern knappe 800 km von uns entfernt in Rumänien in einem Bretterverschlag ohne Wasser und ohne Strom hausen muss (siehe Foto), wenn es dort 18-Jährige gibt, die keine Geburtsurkunde haben, weil das Geld für die Dokumente fehlte, wenn sie deshalb auch keinen Anspruch auf Schulbesuch, Krankenversorgung, Sozialhilfe haben, weil sie offiziell gar nicht existieren, dann muss man sich nicht wundern, dass Menschen „bei uns am eiskalten Boden sitzen“, um für sich und ihre Familien das Überleben zu sichern. Sollte das Land Kärnten wirklich etwas tun wollen, damit Menschen nicht weiter zum Betteln gezwungen sind, dann wäre es wesentlich sinnvoller, Roma-Projekte in Rumänien zu unterstützen, wie es das Institut für Sozialarbeit schon seit Jahren macht, indem durch die Selbstbesteuerung einiger Familien Sozialarbeiter mit Roma an der Verbesserung ihrer sozialen und wirtschaftlichen Lage arbeiten. Armen zu helfen statt sie zu deportieren, ist nicht nur eine Frage der Gerechtigkeit und Klugheit, es ist eine Frage der eigenen Menschenwürde.

Dr. Gernot Haupt, Klagenfurt

Kleine Zeitung, 21. 01. 2007, S. 68/69